



## Praxis-Check

### *EU-Datenschutz-Grundverordnung*

#### **- eine Kurzstellungnahme zur geplanten Datenschutzreform**

##### ■ **Allgemeines**

Datenströme machen im Rahmen moderner Datenverarbeitung nicht an nationalen Grenzen Halt. Es ist deshalb richtig, ein einheitliches Datenschutzniveau innerhalb der Europäischen Union zu etablieren.

Der ZDH unterstützt ausdrücklich die Intention des vorliegenden Entwurfs für eine europäische Datenschutz-Grundverordnung. Aus Sicht von Handwerksbetrieben und öffentlich-rechtlichen Handwerksorganisationen bedarf es allerdings an wenigen, aber wesentlichen Stellen konzeptioneller Nachbesserungen.

##### ■ **Betroffenheit der offline-Wirtschaft beachten**

*Keine "lex Facebook" zulasten der übrigen Wirtschaft*

Datenschutz betrifft nicht nur globale IT-Konzerne. Die Grundverordnung samt allen zu beachtenden Vorschriften gilt ebenso uneingeschränkt für die gesamte offline-Wirtschaft. Umso wichtiger ist es, bei der Reform des Datenschutzes nicht nur die datenschutzrechtlich zum Teil bedenklichen Praktiken einiger Konzerne der Online-Wirtschaft vor Augen zu haben, sondern das gesamte Spektrum der weit überwiegend verantwortungsvoll agierenden Betriebe zu berücksichtigen.

Schärfere Regeln müssen deshalb passgenau auf bestehende Risiken bei sozialen Netzwerken und Suchmaschinen zugeschnitten, aber nicht pauschal und zulasten der gesamten übrigen Wirtschaft eingeführt werden. Handwerksbetriebe speichern – wie nahezu alle KMU – lediglich die Daten ihrer Bestandskunden. Weder werden diese Daten (Name/Kontaktdaten) verkauft, noch zum Profiling benutzt. Diese Betriebe denselben Regeln auszusetzen wie Google oder Facebook wäre ersichtlich unverhältnismäßig.

##### ■ **Kein Datenschutz durch formalisierte Bürokratie**

*Weitere Ausnahmen für KMU*

Der Verordnungsentwurf sieht zahlreiche Prüfungs-, Genehmigungs-, Informations- und Dokumentationspflichten im Zusammenhang mit der Datenverarbeitung vor. Die Beachtung dieser Pflichten sprengt insbesondere beim risikoarmen Speichern von Kundendaten den Rahmen der Verhältnismäßigkeit.

Gesundheitshandwerker, wie etwa Optiker und Hörgeräteakustiker, müssten, bevor sie eine Kundendatei einrichten, die datenschutzrechtlichen Folgen und Gefahren, die mit der Kundendatei verbunden sind, abwägen und die Nutzung der Datei sogar von der zuständigen Aufsichtsbehörde genehmigen lassen.

*Informationspflichten reduzieren*

Darüber hinaus wird bei den Informationspflichten offensichtlich derselbe Fehler wiederholt, der bereits im Verbraucherrecht begangen wurde. Ein schlichtes Mehr

an Information trägt nicht automatisch zu höherer Transparenz und Klarheit für die Betroffenen bei. Im Gegenteil: Eine regelrechte Flut an Detailinformationen führt – ähnlich wie bei AGB – zu Unübersichtlichkeit und Verständnisschwierigkeiten. Insofern sind die zahlreichen Informationen des Art. 14, die dem Betroffenen unaufgefordert vor Datenerhebung bereitzustellen sind, kaum hilfreich.

Ein Handwerker, der z.B. zwecks Kostenvoranschlags zum Kunden kommt, kennt zwangsläufig bereits dessen Namen und Adresse. Erteilt der Kunde dem Handwerker vor Ort den Auftrag, muss der Handwerker neben den ohnehin schon umfangreichen Verbraucherinformationen (z.B. Kontaktdaten, Widerrufsrechte etc.) zusätzlich Angaben über die Erhebung und Verwendung der Kundendaten aushändigen, obwohl er nicht mehr als die ihm bereits bekannten Daten (Name, Adresse und evtl. Telefonnummer) benötigt. Es spielt auch keine Rolle, ob der Kunde die Informationen möchte oder nicht..

### ■ **Erlaubnistatbestände erweitern**

*Fokussierung auf  
Einwilligung nicht  
sachgerecht*

Die sehr eng gefassten Erlaubnistatbestände zur Datennutzung zielen darauf ab, die Einwilligung des Betroffenen als maßgebliche Regelgrundlage für Datenverarbeitungen zu etablieren. Eine allzu starke Fokussierung auf die Einwilligung als Ermächtigungstatbestand wird aber vor allem dem Interesse des Betroffenen nicht gerecht. Wenn künftig jeder für alles und jeden kleinsten Einzelfall eine gesonderte Einwilligung erklären muss, führt das für den Betroffenen zu einem lästigen Formalismus, aber keineswegs zu mehr Kontrolle über den Umlauf seiner Daten.

Davon abgesehen ist in vielen Fällen eine Einwilligung zum Schutz des Betroffenen nicht nötig. Kfz-Werkstätten, die ihre Bestandskunden z.B. an den nächsten TÜV-Termin erinnern wollen, müssen hierfür die Daten des Kunden verwenden. Da dieser Service offensichtlich im Interesse des Kunden steht, ist es nicht nachvollziehbar, weshalb der Kunden gesondert einwilligen soll. Es wäre weitaus praxis- und interessensgerechter, die Erhebung und Nutzung von Daten zu gestatten, wenn die Datenverwendung offenkundig im Interesse des Betroffenen steht.

### ■ **Keine Benachteiligung öffentlicher Behörden**

Eine Datenverarbeitung ist zulässig, wenn sie im Interesse des Verarbeiters liegt und die Interessen des Betroffenen nicht überwiegen (Art. 6 Abs. 1 Buchst. f). Diese praktisch wichtige Erlaubnis soll laut Entwurf aber nur für private Betriebe gelten. Behörden oder sonstige öffentliche Stellen wie z.B. Handwerkskammern oder Innungen können sich hierauf nicht berufen.

*Gleiche Regeln für  
Behörden*

Die Benachteiligung von Behörden muss behoben werden. Denn gerade Handwerksorganisationen sind Dienstleister ihrer Mitglieder und deshalb ebenso kundenorientiert wie Betriebe und benötigen eine gewisse Flexibilität der Datennutzung. Eine striktere Handhabung öffentlicher Einrichtungen als private Betriebe zielt zudem an dem eigentlichen Zweck der Verordnung vorbei. Die Notwendigkeit strengerer Vorschriften geht doch gerade auf Datenschutzskandale und unseriöse Praktiken privater Unternehmen zurück und gründet sich eben nicht auf das Verhalten der Verwaltung. Davon abgesehen sind öffentliche Stellen – anders als Betriebe – unmittelbar an das europäische Grundrecht auf Datenschutzes gebunden.